

Wiesbaden, 4. November 2014

Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2015

Dr. Thomas Schäfer

„Nachhaltige Finanzpolitik braucht ein stabiles Fundament –

Mit dem Haushaltsentwurf 2015 zeigen wir, wie es geht!“

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sperrfrist: Redebeginn

Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2015

am 4. November 2014

Dieser Koalitionsvertrag bildet mit seinen Vorgaben den Grundriss, nach dem wir in den kommenden Jahren stabile, strukturstarke Haushalte bauen werden.

Fundament der Haushalte bilden die Finanzpolitischen Leitlinien – ein Novum in der Architektur hessischer Haushaltspolitik!

Nettoneuverschuldung im Haushalt 2015 sinkt um 230 Millionen Euro auf 730 Millionen Euro – ein starkes Signal der Konsolidierung mit schwarz-grüner Handschrift generationengerechter Finanzpolitik.

Wir haben bestimmte Bereiche, die uns politisch besonders am Herzen liegen, von den Sparmaßnahmen ausgenommen. Das kombiniert Konsolidierung mit politischer Gestaltung.

2018 werden wir nach derzeitiger Planung mehr einnehmen, als wir ausgeben – das erste Mal seit 1969! Die Bürgerinnen und Bürger erwarten genau das von uns. Der Haushalt 2015 ist ein kraftvoller Auftakt dieser Regierung für unser Land.

Schwerpunkt in Hessen ist und bleibt die Bildungspolitik: Versorgung der Schulen mit Lehrpersonal und der Pakt für den Nachmittag an Grundschulen von den Sparmaßnahmen ausgenommen, die Hochschulfinanzierung wird weiter ausgebaut. Bildungsland Hessen – hier wird in kluge Köpfe investiert!

Dr. Thomas Schäfer

**„Nachhaltige Finanzpolitik braucht ein stabiles Fundament –
Mit dem Haushaltsentwurf 2015 zeigen wir, wie es geht!“**

Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2015

am 4. November 2014

Anrede,

Neue Landes-
regierung
bringt ersten
eigenen
Haushalt ein

vor wenigen Monaten haben wir hier in diesem Hause noch den Nachtragshaushalt für das laufende Jahr beraten und beschlossen, der erste politische Schwerpunkte der neuen Landesregierung abbildet. Nun habe ich die Aufgabe und auch die Freude, den ersten Haushaltsentwurf einzubringen, für den die neue Landesregierung in Gänze verantwortlich zeichnet.

Anrede,

Koalitions-
vertrag bildet
Grundriss

der Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen stellt eindeutig klar: Solide Finanzen sind für uns unerlässlich – dazu stehen die Landesregierung und insbesondere ich als Finanzminister felsenfest!

Dieser Koalitionsvertrag bildet mit seinen Vorgaben den Grundriss, nach dem wir in den kommenden Jahren stabile, strukturstarke Haushalte bauen werden. Der Abschluss, der

Schlussstein, soll der erste Haushalt ohne neue Schulden spätestens im Jahr 2019 sein – daran arbeiten wir hart, aber dennoch partnerschaftlich konstruktiv. Von dieser Atmosphäre waren die Gespräche mit allen Ressorts getragen und dafür danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett.

**2018 erstmals
positiver
Finanzierungs-
saldo**

Und das Ergebnis dieser Beratungen überzeugt: Klar ausgerichtet an den gesetzlichen Vorgaben der Schuldenbremse sinkt die Nettoneuverschuldung – in 2015 auf 730 Mio. Euro! Die Mittelfristige Finanzplanung bildet den weiteren Abbaupfad ehrlich ab – ohne auf globale Minderausgaben zurückgreifen zu müssen. Ganz im Gegenteil: Wir haben sogar einen Sicherheitspuffer eingeplant. 2018 weist der Landeshaushalt nach derzeitiger Planung einen positiven Finanzierungssaldo auf, das heißt vereinfacht ausgedrückt, wir nehmen mehr ein, als wir ausgeben. Wenn wir das schaffen, wäre es das erste Mal seit 1969! Uns gelingt dann das, woran sich die politisch Verantwortlichen die letzten 45 Jahre vergeblich versucht haben. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten genau das von uns. Der Haushalt 2015 ist daher ein kraftvoller Auftakt dieser Regierung für unser Land.

Anrede,

**Finanzpolitische
Leitlinien bilden
das Fundament**

bereits vor Monaten haben wir das Fundament für unsere zukünftige Planung gelegt, als wir die Finanzpolitischen Leitlinien formuliert und beschlossen haben. Es ist ein Novum in der Architektur hessischer Haushaltspolitik, dass sich eine

Landesregierung zu Beginn ihrer Regierungsverantwortung bereits an einen finanziellen Fahrplan bindet. Das ist erkennbar die schwarz-grüne Handschrift für generationengerechte Finanzpolitik. Mag die Farbgebung dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen bislang eher außergewöhnlich sein, so zeigt sich doch eindeutig: Sie denkt in neuen Bahnen, geht neue Wege und das – davon bin ich fest überzeugt – zum Wohle dieses Landes heute und für die Zukunft.

**Verbindliche
Finanzplanung**

Lassen Sie mich die wesentlichen Eckpunkte der Leitlinien noch einmal wiederholen. Ich bin der Meinung, dann wird die Neuausrichtung unserer Finanzpolitik sehr deutlich: Die in der Finanzplanung enthaltenen Ansätze bilden künftig grundsätzlich die Obergrenze für die Ressorteckwerte. Mehrausgaben müssen in Zukunft regelmäßig unmittelbar, vollständig und dauerhaft primär im gleichen Politikbereich gegenfinanziert werden. Wir zwingen uns damit selbst Maß zu halten.

**Die
Schuldenbremse
diszipliniert**

In der Vergangenheit wurde im Konfliktfall allzu oft und allzu leicht der Ausweg in einer höheren Neuverschuldung gesucht. Dieser Weg ist nunmehr durch die Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung versperrt. Zum Glück! Für diesen Weg haben sich fast alle Fraktionen hier im Hause entschlossen und 70 Prozent der Hessinnen und Hessen haben diesen Kurs in der Volksabstimmung bestätigt. Dafür bin ich den Parlamentariern in diesem Hause, aber vor allem den Bürgerinnen und Bürgern in Hessen äußerst dankbar.

Anrede,

**Wirtschaft-
liche Rahmen-
bedingungen
gut...**

lassen Sie mich, bevor ich in die Details des neuen Haushalts einsteige, einige Worte zu den Rahmenbedingungen verlieren, um uns allen noch einmal vor Augen zu führen, in welchem Umfeld wir uns derzeit bewegen. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 registrierten wir – zumindest hier in Hessen – eine wachsende Wirtschaftsleistung, sinkende Arbeitslosenzahlen und stetig steigende Steuereinnahmen. Wir können uns in Hessen wahrlich nicht über schlechte Rahmendaten beklagen, sondern können uns eher gemeinschaftlich darüber freuen, wie schnell wir durch die Krise gekommen sind – dazu hat auch die hessische Landespolitik mit ihren eigenen konjunkturell stützenden Maßnahmen einen wichtigen Beitrag geleistet. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gerne noch einmal daran, dass wir mit einem eigenen hessischen Sonderinvestitionsprogramm zu den 718 Mio. Euro an Bundesmitteln noch einmal 1,7 Mrd. Euro zusätzlich aus Landesmitteln gepackt haben. Zusammen mit den Komplementärmitteln von Land und Kommunen zu den Bundesmitteln hatte das Konjunkturpaket in Hessen eine Größe von mehr als 2,6 Mrd. Euro. Die Spuren, die diese stützenden Ausgaben im Haushalt hinterlassen haben, waren enorm. Schon damals habe ich darauf hingewiesen, dass wir große Anstrengungen werden unternehmen müssen, um hier gegenzusteuern, die Haushalte wieder auf die sparsamen Bahnen zu lenken.

... staatliche
Haushalte
erholen sich ...

Mittlerweile hat sich nicht nur die Wirtschaft erholt – auch trotz der aktuell nicht mehr nur erfreulichen Nachrichten von den Prognosen – haben sich ebenso die öffentlichen Haushalte erholen können. So erreichte Deutschland 2013 insgesamt einen leicht positiven gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo von +0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit wurden die Anforderungen des Fiskalpakts und des Stabilitäts- und Wachstumspakts deutlich übertroffen. Die Schuldenquote in Deutschland ist wieder unter die Marke von 80 Prozent des BIP gesunken. Die Weichenstellung durch die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz macht sich bezahlt. Mit jedem Schritt, den die öffentlichen Haushalte dichter an die schwarze Null rücken, sinkt die Schuldenquote des Gesamtstaates.

... Aussichten
trüben sich
jedoch ein

Die Freude trübt sich jedoch schnell, wirft man einen Blick über Hessen hinaus bzw. auf die gesamtwirtschaftlichen Indikatoren, die einen Fingerzeig über die mögliche Entwicklung der nächsten Monate und Jahre geben. Zwar haben mittlerweile Spanien, Irland und Portugal den Euro-Rettungsschirm verlassen und weisen teilweise auch wieder eine stärker wachsende Wirtschaft auf. Die Lage bleibt dennoch angespannt, angesichts der Tatsache, dass in Spanien und Griechenland immer noch fast ein Viertel der Menschen ohne Arbeitsplatz ist.

Wer also glaubt, die strukturellen Probleme in Europa wären überwunden, der irrt meines Erachtens. Dass ein Land wie Frankreich bei seinen Reform- und Konsolidierungsbemühungen kaum Fortschritte macht, kann zu ernsthaften Problemen für den

gesamten Euro-Raum führen. Die gesenkte Wachstumsprognose für 2014 und für 2015 ist ein erstes Anzeichen dafür, dass sich auch in Deutschland die konjunkturelle Lage verschlechtern könnte. In diesen Tagen – heute, morgen und übermorgen – tagt der Arbeitskreis „Steuerschätzung“ in Wismar. Man darf gespannt darauf sein, ob und - wenn ja - inwieweit die reduzierten Wachstumserwartungen sich auf das Schätzergebnis niederschlagen. Für das laufende Jahr kann ich feststellen, dass die Steuereinnahmen in Hessen bis zum heutigen Tag eine eher günstige Entwicklung ausweisen. Derzeit haben wir allen Grund zu der Annahme, dass das Steuersoll des laufenden Jahres übertroffen werden kann und wir uns damit ein Polster für das sicherlich schwieriger werdende Jahr 2015 schaffen können. Davon unabhängig sehe ich uns alle aufgerufen, gemeinschaftlich zu überlegen, wie wir den sich verändernden Rahmenbedingungen hier in Deutschland und Hessen begegnen können

Anrede,

**Schwarze Null
steht!**

Ich halte in diesem Zusammenhang überhaupt nichts von den jüngst geäußerten Vorschlägen Frankreichs, Deutschland solle zusätzliche Investitionen in gleicher Höhe tätigen, wie den Franzosen Sparanstrengungen abverlangt werden. Und dass dann noch aus Reihen der Sozialdemokraten über Investitionen auf Pump diskutiert wird, kann ich nur als Irrweg bezeichnen. Die schwarze Null steht als Ziel – daran wird in Berlin nicht

gerüttelt, daran wird auch hier in Hessen nicht gerüttelt! Es gibt meines Erachtens keinen schwereren Schlag für die Glaubwürdigkeit von Politik, wenn wir zunächst eine Schuldenbremse ins Grundgesetz schreiben, diese dann mit 70-prozentiger Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger hier in Hessen auch in unsere Verfassung übernehmen, um dann beim ersten konjunkturellen Gegenwind einfach umzufallen. Wir müssen an dieser Stelle neue Wege gehen, neue Ideen verfolgen, wie man ohne neue Schulden politische Gestaltungsmacht aufrechterhält. Das erwarten die Menschen von uns. Und dazu bekennt sich diese Landesregierung. Auch hier sage ich: Vielleicht ist die erstmalige Farbkombination von Schwarz und Grün in einem Flächenland prädestiniert für frisches Denken.

**Konsolidierung
und
konjunkturelle
Belebung
intelligent
kombinieren**

Das zeigt zum Beispiel unsere Bundesratsinitiative, mit der wir den Dreiklang aus „Steuerschulplöcher schließen – Steuervergünstigungen abbauen – Investitionen ankurbeln“ unter einen Hut bringen. Wir unterbreiten damit einen konkreten Vorschlag, an welchen Stellen man Steuerschulplöcher schließen und dafür an anderer Stelle finanzielle Anreize für private Investitionen bietet kann.

**Mehr Steuer-
gerechtigkeit
schaffen**

Wir werden einen Gesetzentwurf in den Bundesrat einbringen, um den sogenannten Lizenzboxen einen Riegel vorzuschieben. Hierbei nutzen Unternehmen das international und auch europäisch recht unterschiedliche Besteuerungsniveau, um Gewinne in Länder mit niedriger Steuerlast zu verschieben. Ich bin durchaus für gesunden Steuerwettbewerb. Es sprengt jedoch

die Grenzen dessen, was ein Gemeinwesen erlauben kann, wenn Großkonzerne sich mithilfe der Steuergestaltung künstlich arm rechnen und kaum mehr Steuern zahlen als ein Handwerkermeister. Dann ist der ehrliche Steuerbürger der Dumme und fragt sich zu Recht, was das Ganze noch mit gerechter Lastenverteilung zu tun hat. Mit unserer Initiative wollen wir einen weiteren Schritt auf dem Weg zu mehr Steuergerechtigkeit gehen – ich hoffe auf die Unterstützung vieler politischer Akteure bei dieser hessischen Initiative – zeigen Sie, was Ihnen Steuergerechtigkeit wert ist.

**Investitions-
anreize setzen**

Da mit dem Schließen der Schlupflöcher Mehreinnahmen verbunden sind, ergibt sich ein finanzieller Spielraum, der für Investitionsanreize genutzt werden kann. Es eröffnet sich die Möglichkeit – und so formuliert es auch unser Gesetzentwurf – die degressive Abschreibung für einen begrenzten Zeitraum einzuführen. Damit können Unternehmen in den ersten Jahren der Anschaffung von Investitionsgütern deutlich höhere Beträge abschreiben. Ich bin der festen Überzeugung, eine solche Maßnahme legt die Entscheidung über Investitionen in die richtigen Hände: in die Hände der privaten Unternehmer, dort ist sie gut aufgehoben.

Anrede,

**Haushalt 2015 –
erstes Stockwerk
auf stabilem
Fundament**

ich komme zurück auf den vorliegenden Haushaltsentwurf 2015. Wir setzen damit sozusagen das erste Stockwerk auf das Fundament der Finanzpolitischen Leitlinien. Gleichzeitig

bringen wir mit der Mittelfristigen Finanzplanung konkrete Planungen für die weiteren Stockwerke ein, die in den kommenden Jahren folgen werden. Dabei sind die baulichen Vorgaben klar: Wir haben auf der einen Seite die Vorgaben des Ausführungsgesetzes zur Schuldenbremse zu erfüllen, das einen festen Abbaupfad für die Rückführung der Nettoneuverschuldung vorsieht. Andererseits können und müssen wir an den richtigen Stellen investieren, um unser Land weiterhin in der Spitzengruppe weltweiter Standorte zu halten.

**Mittelfristige
Finanzplanung
zeigt den Weg
zur schwarzen
Null**

Widmen wir uns zunächst der Konsolidierung. Ich zitiere an dieser Stelle den ehemaligen Kollegen Noll, der den schönen Ausspruch prägte: „Die Kunst des Sparens ist der Verzicht.“ Und so sieht die Planung für die Jahre 2014 bis 2018 auch nur sehr moderate Ausgabensteigerungen vor, im Schnitt liegen sie bei ca. 2,3 Prozent. Zieht man die Zahlungen im Rahmen von Länderfinanzausgleich und Kommunalem Finanzausgleich ab, so sind es nur 2,1 Prozent Steigerung. Gleichzeitig können wir von Einnahmesteigerungen ausgehen, die etwas über den Zuwächsen der Ausgaben liegen. Auf diese Weise schließt sich die Schere zwischen den Ausgaben und Einnahmen, bis wir nach Plan 2019 einen generationengerechten Haushalt ohne neue Schulden haben werden: Das ist der Anspruch dieser Landesregierung!

Anrede,

**Abbaupfad wird
im Haushalt
2015 ...**

diesen Auftrag nehmen wir an und setzen ihn Schritt für Schritt um: Der Regierungsentwurf zum Haushalt 2015 sieht eine Absenkung der Nettoneuverschuldung gegenüber dem Vorjahr um 230 Mio. Euro auf nur noch 730 Mio. Euro vor. Das entspricht einer Reduzierung von rund einem Viertel – das ist ein starkes Signal der Konsolidierung! Ich erinnere noch einmal alle daran, aus welchem Tief wir uns herausgearbeitet haben: 2010 lag die Nettoneuverschuldung noch bei über 2,5 Mrd. Euro, im Haushaltsplan für das Jahr 2010 sogar bei 3,3 Mrd. Euro.

**... und in der
Finanzplanung
eingehalten**

Diesen Weg gehen wir weiter: In den kommenden Jahren senken wir die Neuverschuldung weiter ab, sogar stärker, als es das Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse verlangt. Dies gibt uns einen gewissen, wenn auch relativ kleinen Puffer für unerwartete Entwicklungen. Am Ende des Finanzplanungszeitraums, im Jahr 2018, werden wir erstmals seit 1969 einen positiven Finanzierungssaldo vorweisen können. Wie gesagt: Seit 45 Jahren ist das in unserem Land nicht gelungen – diese Landesregierung ist fest entschlossen, dieses historische Wegmarke zu erreichen.

**Einnahmen
vorsichtig
angesetzt**

Auf der Einnahmeseite gehen wir momentan von einer moderat-positiven Entwicklung aus. An Steuern sind rund 18,8 Mrd. Euro im Haushalt 2015 eingeplant. Dadurch steigen übrigens auch die Ausgaben beim Kommunalen Finanzausgleich.

**Zinsniveau
weiter erfreulich
niedrig**

Erfreulich aus Sicht des Landeshaushalts ist sicherlich auch das weiterhin anhaltend niedrige Zinsniveau. Jeder Euro, den wir nicht in den Schuldendienst stecken müssen, ist ein Gewinn für den Landeshaushalt. Ich glaube, ich muss keinem mehr die Sprengwirkung erläutern, die hinter steigenden Zinsen steckt. Nur so viel: Jede Steigerung beim Zinssatz um zehn Basispunkte – also die Steigerung von 1,2 auf 1,3 Prozent – führt pro Jahr zu Mehrausgaben in Höhe von rund 6 Millionen Euro im Landeshaushalt.

**Investitionen
bleiben stabil –
hoher Anteil für
kommunale
Investitionen**

Auf stabilem Niveau wird dagegen der Bereich der Investitionen gehalten. Rund 1,92 Mrd. Euro sieht der Haushalt 2015 für Investitionen vor. Erfreulich dabei ist, dass mehr als ein Drittel dieser Gelder an die Kommunen im Land für deren Investitionsprojekte fließt. Den Landkreisen, Städten und Gemeinden steht damit mehr Geld aus dem Landeshaushalt für Investitionen zur Verfügung, als das Land in eigener Regie durchführt. Ich glaube, dies ist ein weiterer Beweis dafür, welche immensen Rückhalt die kommunale Familie beim Land genießt.

Anrede,

**Maßnahmen zur
Konsolidierung
selbst ergreifen**

Ich will nunmehr den Gegenbeweis zur erwartbaren – um nicht zu sagen: durchschaubaren – Argumentation der Opposition antreten, die Landesregierung würde lediglich von den guten Einnahmen profitieren und gar nicht selbst sparen. Ich habe ja schon eine Weile das Vergnügen, in verantwortlicher Position

im Finanzministerium mit Ihnen über Konsolidierung zu diskutieren – leider fehlte es bislang immer an ernsthaften Vorschlägen, wo verstärkt gespart werden sollte. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass Sie es diesmal zu Papier bringen und als Antrag in die Beratungen einreichen. Und damit meine ich nicht die Vorschläge, einfach auf den Bund zu verweisen, der möge die Länder – auf welchem Weg auch immer – mit mehr Geld beglücken. Wir müssen unsere Haushalte selbst in den Griff bekommen, mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Dort, wo wir es selbst steuern können, müssen wir ansetzen. Alles andere ist nur Augenschere!

Anrede,

**Klare
Sparvorgaben
des Koalitions-
vertrages
zeigen
Wirkung und
konsolidieren
nachhaltig**

Wir beginnen im Haushalt 2015 damit, die Vorgaben des Koalitionsvertrages umzusetzen, rund 1.800 Stellen in der Landesverwaltung abzubauen. Im Entwurf des Haushaltsplans ist vorgesehen, rund 270 Stellen wegfallen zu lassen. Um dies auch einmal in Heller und Pfennig darzustellen, bemühe ich noch einmal die Finanzpolitischen Leitlinien. Hierin ist angegeben, dass aus Vereinfachungsgründen jede gestrichene Stelle mit rund 45.000 Euro bepreist wird. Die rund 1.800 Stellen machen also einen Konsolidierungsbeitrag von rund 80 Mio. Euro aus. Dauerhaft und nachhaltig.

**Ressorts
leisten ihren
Beitrag**

Als weitere Maßnahme war vereinbart, im Bereich der freiwilligen Leistungen, der sächlichen Verwaltungsausgaben und der Investitionen 50 Mio. Euro einzusparen. Diese Einsparung sollte – wie der Stellenabbau auch – über alle Ressorts hinweg erbracht werden. Und auch hier waren wir erfolgreich! Dabei haben wir dann einige Bereiche, die uns politisch besonders am Herzen liegen, von den Sparmaßnahmen ausgenommen. Das kombiniert Konsolidierung mit politischer Gestaltung.

Anrede,

**Personal-
ausgaben im
Griff behalten**

Es ist längst kein Geheimnis, dass die Personalausgaben den größten Ausgabeblock im Landeshaushalt darstellen: Von der Polizei bis zum Justizvollzug, von der Steuerverwaltung bis zur Landvermessung, von den Schulen bis zu den Hochschulen – überall leisten die Bediensteten des Landes wertvolle Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger in Hessen. Doch gibt uns der Koalitionsvertrag auch hier einen klaren Auftrag: Ab dem 1. Juli 2016 soll der Besoldungszuwachs bei den Beamtinnen und Beamten jährlich auf ein Prozent begrenzt bleiben. Ich stehe zu dieser Vereinbarung, denn ich bin nach wie vor davon überzeugt: Wer eine strukturelle Lücke schließen will, der muss strukturell handeln. Und ich sage ganz deutlich: Wer daran Kritik übt, muss wirkungsgleiche Alternativen aufzeigen. Hier und heute, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition!

**Auch
Einnahmeseite
im Blick**

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal daran erinnern, dass wir vor wenigen Monaten auch die Einnahmeseite des Landes gestärkt haben. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer, eine der wenigen Stellschrauben auf der Einnahmeseite, die das Land selbst beeinflussen kann, bringt jedes Jahr etwas mehr in die Kassen des Landes, wirkt also dauerhaft und damit strukturell. Die dauerhaften Mehreinnahmen aus dieser Steuer belaufen sich auf 155 Mio. Euro pro Jahr, so dass wir auch auf der Einnahmeseite die Konsolidierung vorantreiben. Von diesen Mehreinnahmen des Landes profitieren auch die Kommunen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs in Höhe von voraussichtlich 24 Mio. Euro. Ich glaube, auch hier zeigt sich die ausgleichende, ausgewogene Handschrift der schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung.

Anrede,

**Politische
Schwerpunkte
im geschützten
Bereich**

ich will nun auf die gestalterischen Elemente unseres Haushalts 2015, die Architektur des ersten Stockwerks eingehen. Wir hatten ja bereits im Koalitionsvertrag die Schutzbereiche definiert, die von den Konsolidierungsmaßnahmen ausgenommen werden sollten und damit politische Schwerpunkte gesetzt: keine Stellenkürzung bei den Lehrerinnen und Lehrern, der Pakt für den Nachmittag an Grundschulen bleibt unberührt, das neue Hessische Sozialbudget wird nicht angetastet, die Sportförderung sowie die 30-Millionen-Euro-Garantie für den Brand- und Katastrophenschutz bleiben geschützt. So sieht politische

Gestaltung mit schwarz-grüner Skizzierung aus: intelligent, perspektivisch, nachhaltig!

**Demografische
Rendite
verbleibt im
Schulsystem**

Lassen Sie mich zur Stellengarantie im Bereich der Lehrerzahlen noch ein paar vertiefende Anmerkungen machen. Der demografische Wandel, der uns an vielen Punkten vor große Herausforderungen stellt und vor allem noch stellen wird, führt dazu, dass bis 2020 im Vergleich zu 2010 rund 10 Prozent weniger Schüler an den hessischen Schulen unterrichtet werden müssen. Grundsätzlich könnten damit auch 10 Prozent der Lehrerstellen abgebaut werden, bei einem solch langen Zeithorizont äußerst verträglich durch die normale Personalfluktuaton. Wir haben uns jedoch gemeinschaftlich dafür entschieden, diese so genannte demografische Rendite, den „Lehrerüberschuss“ wenn man so will, im System zu belassen, keine Lehrerstellen zu kürzen. Das wollen wir unter anderem für die Ganztagsbetreuung, den Sozialindex oder auch die Inklusion nutzen. Diese Investition in die Köpfe unserer Jugend ist wohl die beste Investition in die Zukunft unseres Landes. Dies ist einmalig in Deutschland – und findet dementsprechend überall positiven Widerhall.

**Demo-
grafischen
Wandel nutzen**

An anderen Stellen werden wir im Zuge der Konsolidierung sehr genau schauen müssen, wie der demografische Wandel sich auf die Ausgabeseite auswirkt. Sicherlich wird es im Kabinettausschuss Demografie zu ausführlichen Diskussionen kommen, wie wir Regionen im Land, die vom Rückgang der Bevölkerung stärker betroffen sind, unter die Arme greifen

können, ihnen neue Perspektiven bieten können. Ich sage als Finanzminister aber auch, dass sich nicht nur meine Staatssekretärin, Bernadette Weyland, sehr wohl dafür stark machen wird, Möglichkeiten zu suchen und zu finden, wie wir den einen oder anderen Euro sparen können, weil sich unsere Bevölkerungszusammensetzung und -verteilung ändert. Es gibt einige Aufgaben, die sich vom Aufwand her an Bevölkerungszahlen orientieren. Ich halte es nicht nur für legitim, diese Potenziale zu heben, sondern ich halte es für unsere Pflicht, auch solche Überlegungen bei der Haushaltskonsolidierung anzustellen. Auch hier sind neue Wege und kreative Ideen gefragt – der frische Geist dieser Landesregierung macht mich auch an dieser Stelle zuversichtlich, dass wir fündig werden.

Anrede,

**Kampf gegen
Steuer-
hinterziehung
wird weiter
verstärkt**

Lassen Sie mich einige weitere Ausgaben im Haushaltsentwurf exemplarisch herausgreifen, die mir wichtig sind. Sehr stolz bin ich auch ganz persönlich auf die im Haushalt abgebildete, verstärkte Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität. Nicht nur, weil es eine Gestaltungsmöglichkeit in meinem eigenen Ressort ist, sondern weil wir damit auch etwas für die Einnahmeseite des Haushalts tun können. Durch mehr Steuerfahnder und Betriebsprüfer werden wir weiterhin Druck auf Kriminelle und Betrüger machen. Wir setzen das geltende Recht durch und kämpfen für mehr Steuergerechtigkeit. Damit werden wir unsere Spitzenposition, die sich in zahlreichen Statistiken

eindrucksvoll widerspiegelt, weiter festigen.

Einige hier im Hause mögen nun wieder in die reflexartige Replik verfallen, Steuer-CDs seien ein viel größeres Druckmittel und man würde dadurch ach so viele Steuersünder dingfest machen können. Die Realität spricht eine andere Sprache: Wir haben in diesem Jahr bereits im September die Zahl an Selbstanzeigen übertroffen, wie sie im gesamten Jahr 2013 gezählt wurden.

Erfolgreiche Bilanz bei Maßnahmen zur Förderung der Steuergerechtigkeit

Ich glaube, wir können mit einiger Zufriedenheit auf die getroffenen Maßnahmen in Hessen und im Bund in den letzten Monaten und Jahren blicken: Wir haben hier in Hessen ein 5-Punkte-Programm zur Bekämpfung von Steuer- und Wirtschaftskriminalität beschlossen, das gezielt diese beiden Bereiche stärker miteinander verzahnt und dadurch die Schlagkraft erhöht. Wir haben uns auf Ebene der Finanzminister darauf geeinigt, ab dem Jahr 2015 schärfere Regelungen für Steuerhinterzieher anzulegen. Wir senken ab dem 1. Januar 2015 die Grenzen für die Straffreiheit bei Selbstanzeigen von 50.000 auf 25.000 Euro und erhöhen den ansonsten fälligen Strafzuschlag auf 10 bis 20 Prozent der hinterzogenen Steuern, je nach Höhe des Hinterziehungsbetrages. Diese angekündigte Verschärfung hat ohne Zweifel dazu beigetragen, dass in diesem Jahr bereits jetzt eine so hohe Zahl an Selbstanzeigen eingegangen ist. Mit der Verschärfung stärken wir also wirksam die Steuergerechtigkeit und verbauen keinem Steuerpflichtigen den Weg zurück zur Steuerehrlichkeit. Auch das halte ich für intelligente, sachgerechte Politik!

CO₂-neutrale
Landes-
verwaltung
wird weiter
voran-
getrieben

Ebenfalls meinen Zuständigkeitsbereich betreffen die bereitstehenden Investitionsmittel zur Umsetzung der CO₂-neutralen Landesverwaltung. Dieses Ziel soll im Jahr 2030 erreicht sein. Wesentlicher Schlüssel für die Erreichung des Ziels sind natürlich die Energiekosten der Gebäude des Landes.

Anrede,

Sozial- und
Integrations-
maßnahmen
haben hohen
Stellenwert

dass die Maßnahmen im Bereich der Sozial- und Integrationspolitik für die Landesregierung von hoher Bedeutung sind, habe ich Ihnen bereits dargelegt. Das Sozialbudget ist als geschützter Bereich von den Konsolidierungsanforderungen ausgenommen. Es wird im Rahmen des Haushalts 2015 auf 70,5 Mio. Euro erhöht. Daneben werden die Ausgaben im Asylbereich angehoben. Aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen werden nunmehr über 290 Mio. Euro bereitstehen – bisher waren es rund 140 Mio. Euro. Das entspricht einer Steigerung um über 100 Prozent. Wir haben mit dem „Maßnahmenpaket Asyl“ ein strukturiertes Programm aufgelegt, das dabei helfen soll, für die Flüchtlinge eine gute Unterbringung und Versorgung sicherzustellen. Das Paket beinhaltet nicht nur, wie eben dargestellt, die Steigerung der Pauschalen für die Kommunen um 15 Prozent, sondern auch Maßnahmen zur Schul- und Berufsbildung sowie zur Identifizierung und Herrichtung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten.

Nationale
Asylkonferenz
muss
Lösungen
erarbeiten

Ich bin meinem Kollegen, Staatsminister Grüttner, in diesem Zusammenhang sehr dankbar, dass er auf den Bund zugegangen ist und eine nationale Asylkonferenz gefordert hat. Diese wird nun auch eingesetzt und ich habe die Hoffnung, dass gemeinschaftlich Lösungen für diese Herausforderung gefunden werden.

Anrede,

Integration
der
Flüchtlinge ist
gesamtgesell-
schaftliche
Aufgabe

die Unterbringung und noch viel wichtiger die Integration der Flüchtlinge ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die humanitären Katastrophen, die sich momentan in einigen Ländern der Welt abspielen, fordern unsere gemeinschaftlichen Anstrengungen. Wir als Land stehen zu unserer Verantwortung gemeinsam mit unseren Kommunen. Ich bin jedoch auch der Überzeugung, dass wir dieser Aufgabe nur gerecht werden können, wenn alle Ebenen eingebunden werden und an einem Strang ziehen. Wir müssen uns für eine gemeinschaftliche Lösung einsetzen, um die Lage der Flüchtlinge in allen Bereichen dauerhaft zu verbessern.

Anrede,

Weiter hohe
Investitionen
in Straßenbau

machen wir einen großen Sprung: Ich will neben diesen Bereichen noch einige Worte zum Investitionsbudget im Straßenbau verlieren. Hier stehen weiterhin hohe Investitionen

und Zuschüsse im Landeshaushalt bereit, beispielsweise für den Straßenbau oder die Energiewende. Insgesamt fließen rund 130 Mio. Euro in die Planung und den Bau von Straßen in unserem Land. Weiterhin legen wir das Programm „Schienengüterverkehr“ wieder auf und starten ein neues Programm „Mobiles Hessen 2020“. Dazu wird Ihnen der Wirtschaftsminister aber sicherlich bei der Lesung des Einzelplans näheres erläutern.

**Weitere
Investitionen
in Land und
Verwaltung**

Weiterhin sind zur Unterstützung der Energiewende rund 30 Mio. Euro vorgesehen. Für Mikrodarlehen stellen wir eine Million Euro zur Verfügung, um auch kleinste Wirtschaftseinheiten fördern zu können.

Anrede,

**Investition in
Hochschulen
ist Investition
in Hessens
Zukunft**

ich habe eben schon von der Investition in die Köpfe der nächsten Generation gesprochen. Diese Herzensangelegenheit der Landesregierung wird auch beim Grundbudget für die Hochschulen deutlich, das auf 1,549 Mrd. Euro angehoben wird. Damit setzen wir bewusst einen Schwerpunkt auf den Forschungs- und Innovationsbereich Hessen. Nur ein Beispiel: Für jeden Euro, den der Bund in Hessen in den Hochschulpakt 2020 investiert, gibt das Land einen weiteren Euro dazu. Und wir statten den Hochschulfonds mit rund 80 Mio. Euro in 2015 aus. Eine derartige Konzentration und Unterstützung für die positive zukünftige Entwicklung des Landes und seiner Bürger, wie wir sie hier in Hessen vornehmen, suchen Sie in vielen anderen

Bundesländern vergeblich.

**Schwerpunkt
Bildungsland
Hessen**

Wir beweisen damit einmal mehr: Schwerpunkt in Hessen ist und bleibt die Bildungspolitik. Wo anders wird die Versorgung der Schulen mit Lehrpersonal zum von der Konsolidierung geschützten Bereich erklärt? Wo wird ein Pakt für den Nachmittag an Grundschulen von den Sparmaßnahmen ausgenommen? Wo wird die Hochschulfinanzierung in diesem Umfang weiter ausgebaut? Die Antwort auf alle drei Fragen lautet: Im Bildungsland Hessen – hier wird in kluge Köpfe investiert!

Anrede,

**KFA auf
Rekordhoch**

Lassen Sie mich noch einige Worte zum Kommunalen Finanzausgleich sagen. Ich hatte ja bereits erwähnt, dass die steigenden Steuereinnahmen automatisch dazu führen, dass die Finanzausgleichsmasse steigt. Dieser Automatismus greift in 2015 noch einmal. Wie Sie alle wissen, erarbeiten wir in diesen Monaten entsprechend den Vorgaben des Staatsgerichtshofs den neuen KFA 2016. Diesem wird eine Analyse des kommunalen Finanzbedarfs zugrunde liegen. Die Kommunen im Land erhalten in 2015 erneut mehr Geld vom Land und somit erneut eine Rekordsumme im Rahmen des KFA. Bereinigt um die Kompensationsumlage steigt die Summe des KFA um rund 80 Mio. Euro auf 4,027 Mrd. Euro.

**Vorstellung
von Modell-
rechnungen**

Ich habe vor etwa einem Monat bereits eine erste Modellrechnung, bezogen auf das Jahr 2014, zum vertikalen Finanzausgleich vorgestellt. Morgen werde ich eine erste Modellrechnung für den horizontalen Finanzausgleich präsentieren. Zunächst werde ich in der so genannten Lenkungsgruppe KFA 2016 die Kommunalen Spitzenverbände informieren, anschließend die Öffentlichkeit. Wie bei der Vorstellung der Modellrechnung zum vertikalen Finanzausgleich werde ich sämtlichen Mitgliedern des Hessischen Landtags und auch alle Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern direkt mit einem Schreiben die Ergebnisse erläutern.

Anrede,

**Ausblick wirft
Fragen auf**

Das Thema KFA und die Änderung ab 2016 bringen mich zum Schluss meiner Rede zum Ausblick auf die kommenden Jahre. Die mittelfristige finanzielle Planung für Hessen hatte ich Ihnen bereits dargelegt. Daran kann sich aus unterschiedlichen Gründen, etwa sinkende Steuereinnahmen, steigende Zinsen etc. – immer etwas ändern. Unbekannt sind bislang die Auswirkungen, die die Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auf Bundesebene zeitigen werden. Dies betrifft zwar im Wesentlichen den Zeitraum nach 2019. Wir tun jedoch gut daran, uns auf jede dort beschlossene Änderung vorzubereiten. Deshalb glaube ich, dass wir uns auch in dieser Legislaturperiode noch mit den Auswirkungen der Ergebnisse der Reform werden auseinandersetzen müssen.

Ergebnisse der
BLF-Reform
bleiben
abzuwarten

Es herrscht in den Gesprächs- und Arbeitsgruppen eine hochkomplexe Gemenge- und Interessenlage. Ich will nur einige Stichworte nennen: Zukunft des Solidaritätszuschlags, Abbau der kalten Progression, Altschuldentilgungsfonds, stärkere Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat, Schuldenspielräume für die Länder, Steuerautonomie für die Länder und selbstverständlich auch der Länderfinanzausgleich. Beinahe im Tagesrhythmus kann man neue Vorschläge in den Zeitungen der Republik lesen. Meine hellseherischen Fähigkeiten reichen derzeit nicht aus, um mir eine Lösung auszumalen, die unter den Beteiligten auch nur einigermaßen konsensfähig wäre.

Gespräche auf
umsetzbare
Vorschläge
reduzieren

Ich halte es für sinnvoll, die vorliegenden Vorschläge auf deren Umsetzungswahrscheinlichkeit zu prüfen. Mag die Aussicht auf eine Neuordnung des Bundesgebietes auch noch so charmant klingen, messe ich dieser eine Umsetzungswahrscheinlichkeit auch im Hinblick auf das gegebene Zeitfenster von unterhalb der Wahrnehmungsschwelle bei. Es liegen meines Erachtens ausreichend andere Vorschläge auf dem Tisch, die komprimiert, gewichtet und bewertet durchaus zu einem verhandelbaren Paket zusammengebunden werden könnten. Genau daran wird die hessische Landesregierung weiterhin arbeiten.

Anrede,

Keine Spiel-
räume bei der
Verschuldung
für die Länder

Zwei Dinge halte ich aber aus hessischer Sicht nicht für disponibel. Erstens: Eine Aufweichung der Verschuldungsregeln

für die Bundesländer kommt für mich nicht infrage. Hintergrund ist, dass der Bund sich auch im Rahmen der Schuldenbremse mit 0,35 Prozent des BIP verschulden darf, die Länder jedoch einem strikten Neuverschuldungsverbot unterliegen. Auf dem Tisch liegt nun ein Vorschlag, der den Ländern Spielräume bei der Neuverschuldung eröffnet. Ich halte dies nicht nur für ein falsches Signal, sondern auch für ein vergiftetes Angebot, das die Länder noch teuer zu stehen kommen kann. Die Bürgerinnen und Bürger Hessens haben uns nicht mit einer Zustimmung von 70 Prozent die Schuldenbremse in die Hessische Verfassung geschrieben, damit wir uns dann so einfach aus der Affäre ziehen.

Hessen muss entlastet werden

Zweitens: Am Ende muss für das Land eine finanzielle Entlastung stehen. Wir sind solidarisch, aber tatsächlich nicht Zahlmeister der Nation!

Anrede,

Haushalt 2015 ist wichtiger Schritt

Wir müssen begreifen, dass mehr Schulden nicht die Lösung, sondern die Ursache unserer Probleme sind. Wir müssen endlich die notwendigen Strukturreformen angehen, um unseren Kindern und Enkeln ihre finanziellen Spielräume, ihre Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten. Wer, wenn nicht die jetzige geburtenstarke Generation soll sich dieser Aufgabe erfolgreich widmen können? Wir können und dürfen nicht länger zögern. Ansonsten wird Politik unglaubwürdig.

Anrede,

**Haushalt 2015
– stabiles
Fundament
für nach-
haltige Finanz-
politik**

mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2015 gehen wir einen ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Wir setzen auf das Fundament der Finanzpolitischen Leitlinien nach dem Grundriss des Koalitionsvertrages das erste Stockwerk. Gleichzeitig steht mit der Mittelfristigen Finanzplanung der Plan für die weiteren Stockwerke. Der Lohn für unsere Mühen am Ende dieser Legislaturperiode wird ein ausgeglichener Haushalt als Schlussstein des Bauwerks sein – der erste Haushalt ohne neue Schulden seit 1969!

Lassen Sie uns gemeinsam diskutieren, wie wir die nächsten Schritte gehen. In diesem Sinne wünsche ich uns konstruktive, partnerschaftliche Beratungen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.
